

Offener Brief / Stellungnahme der AG'n nach § 78 im Bezirk Mitte

Rettungsschirm Jugendhilfe

Eine gesicherte Finanzierung und Berücksichtigung des Mehrbedarfes in der Berliner Jugendhilfe

Der Senat von Berlin ist mit dem zu beschließendem Haushalt 2022 und 2023 mit der Notwendigkeit von zu erbringenden Einsparungen in die Verhandlungen gestartet.

Diese Einsparungen können und dürfen nicht in der Jugendhilfe erbracht werden. Ganz im Gegenteil! **Es müsste nun ein weitergehendes strukturelles Hilfspaket für die Jugendhilfe geben, auch um die Folgen der Pandemie zu bekämpfen und Kinder, Jugendliche und Familien zu (unter)stützen.**

Hier gilt es der Vereinsamung, der Depressionsgefahr, häuslicher, psychischer und physischer Gewalt und der Gefahr der Entdemokratisierung (Zunahme Rassismus, Antisemitismus, Verschwörungsideologien etc...) junger Menschen und derer Eltern entgegen zu treten.

Kinder und Jugendliche waren und sind besonders schwer von den Maßnahmen in der Corona-Krise betroffen. Die daraus resultierende Frage ist: Was können wir nun mehr für Kinder und Jugendliche tun und nicht, was können wir nicht tun?

Die Hilfesysteme für Familien, Kinder und Jugendliche sind sehr überlastet oder immer noch nicht wieder voll einsatzfähig (z.B. Erziehungs- und Familienberatung, Therapieplätze, Kinderärzte, Beratungen), daher müssen niedrigschwellige und präventive Angebote der Jugendhilfe unbedingt erreichbar bleiben, bzw. ausgebaut werden.

Die entsprechenden Fachabteilungen benennen sehr deutlich, dass der Bedarf noch nicht die Bedarfsspitze erreicht hat, sondern dass von einem weiteren Anstieg auszugehen ist.

Im Rahmen der Kindeswohlgefährdung ist diesem konsequent entgegen zu treten.

Gesetzliche Grundlagen sind dringend einzuhalten, die Jugendarbeit, ist wie im Bundesgesetz festgelegt mit einem angemessenen Anteil der Jugendhilfe zu versehen, die Ausfinanzierung des Berliner Kinder- und Jugendförder- und Beteiligungsgesetz ist sicher zu stellen.

Die Leistungen nach den §§ 11,13.1 und 16 sind keine freiwilligen Leistungen, sondern gesetzliche Pflichtleistungen. Transfermittel dürfen keine Spielmasse der Haushaltsverhandlungen werden. Dieses muss in den Verhandlungen auch sprachlich berücksichtigt und angewandt werden.

Der Jugendhilfeausschuss Mitte hat in den letzten Jahren dabei wichtige Schwerpunkte gesetzt, die nun nicht revidiert werden dürfen.

Jugendarbeit braucht Verlässlichkeit, Zeit und Anlässe.

Daher sind folgende Themen in der Arbeit mit jungen Menschen wichtig und essentiell:

- Viele Folgen der Pandemie werden sich bei Kindern und Jugendlichen erst noch zeigen. Dazu zählen psychische und psychosoziale Probleme, Schuldistanz, Zunahme von Verschwörungserzählungen, Diskriminierungserfahrungen, Essstörungen, Suchtverhalten etc.
- Politische Bildungsarbeit, schulische Unterstützung, Krisenintervention, aber auch begleitende Freizeitgestaltung und Reisen sind daher umso wichtiger für Kinder und Jugendliche.

- Für viele Kinder und Jugendliche sind Fahrten, Ausflüge und weitere Angebote der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit die einzigen realisierbaren Aktivitäten. Durch die kostenfreien Angebote ist ein kleiner Beitrag zur Chancengleichheit gewährleistet.
- Durch die Pandemie konnten viele Mädchen* sich noch weniger als sonst außerhalb des häuslichen Umfelds bewegen. Viele Mädchen* und junge Frauen* dürfen Freizeitangebote nur im Schutzraum der Einrichtungen annehmen und damit auch das familiäre Umfeld punktuell verlassen.
- Hoher Medienkonsum und unzählige Verschwörungserzählungen brauchen dringend niedrigschwellige Medienkompetenz und Demokratieprojekte in nicht virtueller Form. Diese Angebote eröffnen jungen Menschen die Möglichkeit Vertrauen aufzubauen und über ihre Ängste, Sorgen, Verwundungen und Nöte zu reden und im nächsten Schritt Lösungen für das eigene Leben zu finden.
- Jugendliche, die weder durch die Schule noch durch die stationäre Jugendarbeit erreicht werden können/wollen, benötigen aufsuchende, niedrigschwellige und freiwillige Angebote, die langfristig gesichert sind, um den Aufbau eines belastbaren Vertrauensverhältnisses möglich zu machen.
- Jugendliche mit wenig sozioökonomischen Ressourcen erhalten durch den aufsuchenden Ansatz im öffentlichen Raum vollkommen andere und schnellere Zugänge ins Bildungs- und Hilfesystem.
- Das System Schule ist mit den derzeitigen Aufgaben überlastet - wir brauchen zuverlässige Kooperationen in der Jugendhilfe!

Die Pandemie ist nicht vorbei, sondern wird mit der verstärkten und wachsenden Eigenverantwortung gerade junge Menschen in den nächsten 2-3 Jahren weiterhin belasten und verunsichern.

Diese präventiven Angebote sind langfristig günstiger als spätere vielleicht notwendige Intervention und Maßnahmen.

Kürzungen dürfen gerade nicht da ansetzen, wo die ersten Corona Hilfsprogramme extra aufgelegt wurden!

Die Fachkräfte der Jugendhilfe sind bereit, sich diesen Herausforderungen weiter zu stellen, aber ohne eine ausreichende Finanzierung, hilft irgendwann auch dieses Engagement nicht mehr.

Kinder und Jugendliche sind keine professionellen Lobbyisten. Daher muss die Jugendhilfe für und auch mit Ihnen laut in der Politik sprechen!

Schließen Sie sich bitte diesen Forderungen an und machen Sie sich in Berlin stark für eine leistungsfähige Jugendhilfe!

Anhang zur Informationssuche und Untersetzung des offenen Briefes

Bezirksstadtrat für Gesundheit und Jugend Christoph Keller im Interview mit dem Tagespiegel Newsletter vom 09.02.22:

"Wir haben eine stark belastete Jugend aus den vergangenen zwei Jahren. Es gibt junge Menschen, die hatten wegen der Pandemie noch nie die Möglichkeit feiern zu gehen. Viele sind psychisch belastet. Auch Kinder und Familien. Als Jugendamt können wir die Familien beraten. Es ist jedoch eine Herausforderung, in dieser Zeit Freizeitangebote zu machen. Erholungsreisen, die es für Kinder und Jugendliche sonst gab, lassen sich in der Pandemie schwer umsetzen, obwohl sie gerade jetzt wichtig wären."

Die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey in der Pressekonferenz der Ministerpräsidentenkonferenz vom 16.2.2022:

Und das wir auch und das will ich auch nochmal besonders betonen, die Kinder und Jugendlichen im Blick haben, diejenigen die jetzt natürlich unter diesen Einschränkungen auch viele Bürden hinnehmen mussten. Das hat die Ministerpräsidentenkonferenz heute auch nochmal deutlich gemacht mit einem Teil der Beschlussfassung, das eben gerade die Bedingungen für die Kinder und Jugendlichen eben für uns wichtig sind. Und das in den kommenden Folgeschritten, die die in den Ländern umgesetzt werden, natürlich auch und gerade die Folgen und die Wirkungen der Einschränkungen für Kinder und Jugendlichen berücksichtigt werden.

Entwurf zur Beschlussfassung des Berliner Koalitionsvertrags 2021-2026:

„Die Koalition wird der Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen und der Überwindung sozialer Benachteiligung und ihrer Folgen, auch als Konsequenz der CoronaPandemie, Priorität einräumen. Das schließt die stärkere Berücksichtigung von Kinder-, Jugend- und Familieninteressen in allen Ressorts ein.“ (S.103)

„Die Koalition sichert bestehende und schafft neue Angebote für queere Jugendliche in unversorgten Stadtquartieren. Die Koalition wird die notwendigen Kapazitäten zur Versorgung, zum Schutz und zur Integration von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen sicherstellen.“ (S.104)

„Die Koalition wird eine Jugendstrategie entwickeln. Die Umsetzung des Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes und die Erarbeitung der Jugendförderpläne werden begleitet. Die Koalition achtet auf die Umsetzung der Standards Umfang und Qualität. Dies gilt auch für das Familienfördergesetz.“ (S.104)

„Die Koalition baut die Familienförderung weiter aus. Die Familienzentren, die Familienerholung, die Angebote für queere Familien, die Stadtteilmütter sowie die aufsuchenden und medialen Angebote wollen wir stärken. Das Familienportal soll weiterentwickelt werden.“ (S.104)

„Die Familienservicebüros werden in den Bezirken für alle die Familie betreffenden Leistungen eingerichtet und ausgebaut.“ (S.104)

„Die Koalition stärkt die Kinder- und Jugendsozialarbeit. Die Angebote der Jugendberufshilfe bleiben gesichert. Für aufsuchende Angebote und Coaching stehen in den nächsten Jahren Mittel in bisheriger Höhe zur Verfügung.“ (S.104)

„Die Familienservicebüros werden in den Bezirken für alle die Familie betreffenden Leistungen eingerichtet und ausgebaut. Die Koalition baut Angebote zur Unterstützung von alleinerziehenden Eltern ressortübergreifend aus. Die Corona-Pandemie zeigt, dass die psychosoziale Versorgung in Berlin verbessert werden muss. Die Angebote des Care- und Casemanagements werden gestärkt.“ (S.104)

Studien zur Belastung junger Menschen durch die Pandemie und deren Folgen

Ergebnis der Längsschnittstudie COPSY (2020 und 2021), Dr.Ravens-Sieberer und Dr.Kaman:

„Vier von fünf der befragten Kinder und Jugendlichen fühlen sich durch die Corona-Pandemie belastet. Ihre Lebensqualität hat sich im Verlauf der Pandemie weiter verschlechtert. Sieben von zehn Kindern geben in der zweiten Befragung eine geminderte Lebensqualität an. Wie schon während der ersten Befragung, leidet fast jedes dritte Kind auch zehn Monate nach Beginn der Pandemie noch unter psychischen Auffälligkeiten. Ängste und Sorgen haben bei den Kindern im Vergleich zur ersten Befragung noch einmal deutlich zugenommen. Sie zeigen zudem häufiger depressive Symptome sowie psychosomatische Beschwerden wie zum Beispiel Niedergeschlagenheit oder Kopf- und Bauchschmerzen.“

„Wir brauchen aber verlässlichere Konzepte, um insbesondere Kinder aus Risikofamilien zu unterstützen und ihre seelische Gesundheit zu stärken.“ https://www.uke.de/allgemein/presse/pressemitteilungen/detailseite_104081.html

Über die Studie: In der **bundesweiten COPSY-Studie** wurde von Mai bis Juni 2020 eine umfangreiche Online-Befragung zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien in Deutschland durchgeführt. Die repräsentative Stichprobe der bundesweiten COPSY-Studie umfasst mehr als 1.000 11- bis 17-jährige Kinder und Jugendliche sowie 1.500 Eltern von 7- bis 17-Jährige. Der Online-Fragebogen umfasste Fragen zum Umgang der Kinder mit der Krisensituation, Fragen zu den Bereichen Schule, Freunde und Familie, zu psychischen Problemen wie Ängsten und Depressionen und zu psychosomatischen Beschwerden. Auch das Familienumfeld, der Medienkonsum und Ernährungsgewohnheiten wurden beleuchtet.

Gemeinsamer Bericht BMG und BMFSFJ Kabinettsitzung am 30. Juni 2021

„Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien oder aus Familien mit Migrationshintergrund sind überproportional von einer Zunahme psychischer Symptome wie Ängstlichkeit, Depressivität und Hyperaktivität sowie Einbußen in der Lebensqualität betroffen. Diese erleben zugleich häufiger räumliche Enge und Gewalt aber auch – insbesondere, wenn sie keine Geschwister haben – Einsamkeit.“ (S.2)

„Unterstützung von Kindern und Jugendlichen und deren Familien bei der Bewältigung der gesundheitlichen Folgen der Pandemie: Eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Gesundheitsversorgung auf Ebene der Kommunen ist notwendig, um Kinder und Jugendliche mit psychotherapeutischem Hilfebedarf schnell zu identifizieren und in eine bedarfsgerechte Therapie oder Unterstützung zu leiten.“ (S.6)

Leopoldina nationale Akademie der Wissenschaft:

„Empfehlung: Ausbau evidenzbasierter Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe sowie in der Therapie psychischer Störungen des Kindes- und Jugendalters, um eine weitere Verbesserung des

Behandlungserfolges bei psychischen Erkrankungen zu erreichen.“
https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2021_Corona_Kinder_und_Jugendliche.pdf
(21.6.2021).

Arbeitsgemeinschaft für *Kinder und Jugendhilfe*: Deutscher Kinder- und Jugend(hilfe)MONITOR 2021, Prof. Dr. Karin Böllert, Martina Reinhardt, Björn Bertram

„Kinder- und Jugendhilfe wird in Zukunft noch stärker gefordert sein: Durch die Belastungen der Pandemie kommen neue Gruppen von Adressat*innen auf die Unterstützungsangebote zu. Jugendamtsmitarbeiter*innen machen deutlich, dass alle jungen Menschen und Familien aufgrund der Auswirkungen der Pandemie verstärkt in den Fokus rücken. In besonderem Maße gilt dies für junge Menschen mit psychischen Problemen und Suchterkrankungen sowie Familien mit geringen sozialen und materiellen Ressourcen. Besonders starke Mehrbedarfe werden im Bereich der schulischen Teilhabe/Schulsozialarbeit, der Jugendsozialarbeit, sozialen Integration und dem Bereich des Kinderschutzes gesehen. 90% der Befragten gehen davon aus, dass sich die Situation von bildungsbenachteiligten jungen Menschen, von Kindern mit Migrationshintergrund oder in belasteten familiären Lebenssituationen weiter verschlechtern wird – bestehende soziale Probleme sich also nochmal verstärken.“ (S.13)